

Franz-Böhm-Kolleg (13)

Dr. Fr. Böhm



Einladung

zu einem Vortragsabend

mit dem
Ministerpräsidenten des
Landes Sachsen - Anhalt

Herrn Professor Dr. Wolfgang Böhmer, MdL

aus Anlass des

Einigungsprozesses in Deutschland

seit zwanzig Jahren

im Kontext der

Herstellung der „Inneren Einheit“ Deutschlands

am Donnerstag, dem 20. Januar 2011
um 17.30 – 19.30 Uhr im

Leonhard-Gläser-Saal der Siegerlandhalle

Koblenzer Straße 151, Siegen

Bodo Gemper

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften,
Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsrecht
der Universität Siegen

Um baldige definitive Zu- oder Absage wird gebeten
auf beiliegender Antwortkarte bis zum 13. Januar 2011

Vorbemerkung

Im Juni 1953 bekunden Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), allen voran Bauarbeiter in Ost-Berlin, was sie von dem Arbeiter- und Bauernstaat unter der Führung der „Sozialistischen Einheitspartei“ (SED) halten. Gibt doch die SED in ihrem Parteistatut vor, „der bewusste und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik“ zu sein. Aber die Bürger haben genug von deren Methoden zur „Erfüllung der Hauptaufgabe, die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.“ - Sie setzen sie sich zur Wehr: das Maß ist voll! Sie treten in den Streik! Unvorstellbar für dieses Regime.

Die Sowjetunion, die in Deutschland mit Hilfe der SED neben der freiheitlich-marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung in den Westzonen in ihrem Besatzungsgebiet eine kollektivistische Ordnung zu installieren versucht, entbehrt jeglichen Willens der Bevölkerung, dieses sozialistische Experiment einzugehen. Denn die Machthaber, die SED und die ihr ideologisch hörige Einheitsgewerkschaft, der so genannte Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), stellen in der Deutschen Demokratischen Republik weder freie noch demokratische Lebensverhältnisse her, - weder im politischen Leben, noch im Arbeitsleben. Der Unmut in der Bevölkerung steigert sich bis zu einer Erhebung im Jahre 1953, die als Aufstand des 17. Juni in die Zeitgeschichte eingehen wird. Denn diese „Diktatur des Proletariats“, welche die SED im Gewande einer „Volksdemokratie“ ausübt, treibt nicht nur die Bauarbeiter an der Stalinallee in Ost-Berlin auf die Barrikaden: Auch Angestellte, sogar Schüler und Studenten, unter ihnen selbst Mitglieder der SED und deren Jugendorganisation, der Freien Deutschen Jugend (FDJ), demonstrieren spontan für demokratische Verhältnisse, die herbeizuführen und zu verteidigen der SED-Staat ja vorgibt, - ein Versprechen, das er aber selbst gar nicht gewillt ist, auch zu erfüllen. Die SED-Herrschaft mit ihrem Schild und Schwert der Partei, dem Staatssicherheitsdienst der DDR (Stasi), wird von der Sowjetischen Besatzungsmacht mit Panzergewalt in ihrem Besatzungsgebiet gegen den Willen der Bürger wiederhergestellt. Mindestens 125 Bürger werden erschossen oder hingerichtet, selbst Sowjetsoldaten, die sich weigern, auf Demonstranten zu schießen. Ca. 25000 Deutsche aus Ost und West werden nach dem 17. Juni verhaftet und zu empfindlichen Haftstrafen verurteilt. Die in Gotha, Görlitz, Halle, Henningsdorf, Jena, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Leipzig und in weiteren etwa 300 Städten und Orten der DDR, in denen es zu Unmutsbekundungen gegenüber dem SED-Regime kommt, erweisen sich als Schlüsselerlebnisse, die sich als Beginn eines latenten Prozesses der Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands erweisen sollen. Allerdings wird

die Sowjetmacht nach der von ihr niedergeschlagenen Volkserhebung im Jahre 1953 ihr Besatzungsgebiet noch weitere dreieinhalb Jahrzehnte in ihrer Gewalt behalten.

Durch „eine Abstimmung mit den Füßen“ machen sich die Bürger der DDR Luft: Viele flüchten in der Regel über West-Berlin nach Westdeutschland. Die Errichtung der „Mauer“ durch Berlin mit Stacheldraht und „Todesstreifen“, auch entlang der gesamten Zonengrenze nach Westdeutschland, von der DDR zum „antifaschistischen Schutzwall“, gar zur „Friedensgrenze“ stilisiert, hat einzig den Zweck, die eigenen Bürger über 1378 km hinweg hermetisch von der freien Welt abzuriegeln: seit dem 13. August 1961 werden die Bürger der DDR regelrecht eingesperrt. In der DDR wohnhaft zu sein bedeutet, sich in Wohnhaft zu befinden, - der ständigen Furcht ausgesetzt, zur „Klärung eines Sachverhalts“ in Untersuchungshaft, dann Stasi-Haft genommen zu werden.

Die Atmosphäre des Kalten Krieges verdichtet sich in Deutschland und ruft nach Mäßigung. Denn je kälter es in Diktaturen wird, desto irrationaler verhalten sich deren Machthaber. Blinde Brutalität am Ende des „SS-Staates“, wie auch die geistige Starre der Führung des SED-Staates, beweisen die Machtbesessenheit, hat doch Erich Honecker noch am 13. August 1989, dem 28. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin geglaubt, dass „die Mauer ... auch in 50 oder 100 Jahren noch bestehen“ wird.

Und selbst angesichts des für jeden erkennbaren Widerstandes der Bevölkerung in der DDR und dieses politisch bereits „angezählten“ SED-Staates, werten die Sozialdemokraten Westdeutschlands dieses SED-Regime in der DDR sogar durch einen „Dialog durch die Mauer“ auf, indem sie sich noch 1987 um eine, wenn auch „umstrittene Annäherung von SPD und SED“ bemühen. Sollte man sich überhaupt mit Diktatoren gemein machen, auch wenn man dieses als „Politik der kleinen Schritte“ oder als „Wandel durch Annäherung“, gar als „Zweite Phase durch Annäherung“ verharmlost? Dieses bei ideologischen Grundsatzgesprächen zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED produzierte gemeinsame Ideologiepapier hat noch 1987(!) den Anspruch auf „eine Koexistenz ... ohne zeitliche Begrenzung“ erhoben und dieses als „neues Denken, neues Handeln“ erklärt, als „Politik einer Friedenssicherung, zu der sich SPD und SED bekannt haben“!? Und dem Grundsatz folgend: „Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt.“ !

Als das Fenster zur Einheit sich 1989 kurz öffnet – es werden nur 13 Monate und 14 Tage werden –, erkennt Bundeskanzler Helmut Kohl die Chance, seine Freundschaft zum 41. US-Präsidenten Georg Bush (1989-1993)

nutzend, um im persönlichen Einvernehmen mit dem Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei und dem späteren Präsidenten der Sowjetunion (1985-91), Michail Gorbatschow, Möglichkeiten der Beendigung der Teilung Deutschlands auszuloten. Erfolgreich!

Seit dem 3. Oktober 1990 ist das Mitglied der Vereinten Nationen Nummer 133, die DDR, nicht mehr existent. Wir erfreuen uns der wieder gewonnenen Einheit Deutschlands.

Zwanzig Jahre später bietet es sich an, nicht nur innezuhalten und den Prozess der Einheit Deutschlands im Licht des Entwicklungsprozesses des Europäischen Einigungswerkes zu würdigen und „Zur europäischen Bedeutung der ‚Inneren Einheit‘ Deutschlands“ vorzudringen. Und diese Beurteilung von einer Persönlichkeit zu erbitten, die den Einigungsprozess Deutschlands in einem jungen Bundesland bewusst nicht nur erlebt, sondern die daran auch selbst aktiv mitgewirkt hat. Auch zu fragen, Was kann der Westen vom Osten lernen?

Aber auch aus den Fehlern zu lernen, die der Westen u. a. mit Übernahme der Idee der Treuhand dadurch gemacht hat, dass in vielen Bereichen m. E. zu viele Ostfirmen viel zu schnell, ja sogar ohne Not, „abgewickelt“ worden sind, die durchaus sanierungsfähig gewesen wären.

Den Ministerpräsidenten eines neun Bundeslandes zu gewinnen und diesbezüglich zu hören, ist optimal:

Herrn Professor Dr. Wolfgang Böhmer Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

zu bitten, auch jungen Menschen aus dem Fundus seiner reichen Erfahrung eines politisch unbelasteten Mediziners in der DDR, der aber nun nach der Wende als führender Politiker aktiv Neues mitgestaltet hat, zu berichten. In offener Sprache: „Lieber die unbarmherzige Wahrheit“ zu sagen, „als eine barmherzige Lüge“ in den Dienst zu stellen, um scheinbar mitfühlend Scheinerfolge vorzutäuschen. Wohl wissend, dass „Unliebsame Wahrheiten auszusprechen, für Politiker das schwierigste Problem ist“ und „Die Aufgabe, vor der wir stehen, der Staat allein nicht lösen kann.“

Jeder ist gefordert, weil, „Wenn die Bürger aufhören mitzumachen, das System in sich zusammenbricht.“ Aber auch in dem Wissen, dass „Die Kunst darin besteht, die notwendige Wahrhaftigkeit immer auch mit der Hoffnung zu verbinden, dass die Probleme lösbar sind.“

Die Konsolidierung des deutschen Einigungsprozesses ist ebenso wie die der Europäischen Währung Voraussetzung auch für die innere Festigung des Europäischen Einigungswerkes.

Grissenbach an der Sieg, am 27. November 2010

Bodo Gemper

Zur Person:

Herr Professor Dr. Wolfgang Böhmer

Ministerpräsident des Landes Sachsen - Anhalt

Geboren am 27. Januar 1936 in Dürrhennersdorf, Oberlausitz, Sachsen

Ausbildung:

1954 Abitur am Geschwister – Scholl - Gymnasium Löbau

1954 Studium der Medizin an der Karl-Marx-Universität Leipzig, abgeschlossen 1959 mit der Promotion zum Doktor der Medizin nach vorgelegter Dissertation „Über die Dauer ventrikulärer Extrasystolen“

Beruflicher Werdegang:

1960 Arzt an der Frauenklinik Görlitz

1966 Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe

1967 Erster Oberarzt an der Frauenklinik Görlitz

1974–1991 Chefarzt im Krankenhaus Paul-Gerhardt-Stift in der Lutherstadt Wittenberg

1983 Habilitation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit der Habilitationsschrift über „Die Entwicklung der individuellen und gesellschaftlichen Belastung durch die menschliche Reproduktion“

1990–2002 sowie

2005–2006 wie auch seit dem

27. 07. 2007 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt

1991–1993 Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

1993–1994 Minister für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt

1998–2004 Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Sachsen-Anhalt

1998–2002 Vizepräsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

1998 – 2004 Landesvorsitzender der CDU

2001 – 2002 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Seit 2002 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

2002–2003 Präsident der Bundesrates

2007 Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband

Die Beiträge in wissenschaftlichen Publikationsorganen weisen Herrn Professor Böhmer als umfassend gebildeten Mediziner und Sachverständigen für das deutsche Gesundheitssystem und seine geschichtliche Entwicklung sowie als Bekenner zur reformatorischen Wirkung Martin Luthers in ihrer Bedeutung für Freiheit und soziale Verantwortung aus.

Nachhaltiges Streben nach Stabilität im Wandel bei Wahrung sozialer Gerechtigkeit charakterisiert sein wissenschaftliches und darauf aufbauendes ordnungspolitisch geradlinig ausgerichtetes berufliches Wirken: „Aufgaben sind dazu da, sie zu erfüllen.“

Franz Böhm-Kolleg ©

Die „Franz-Böhm-Kollegs“ sind Ausdruck des Bemühens, in freimütigem Gedankenaustausch über Zeitfragen mit Zukunftswirkung nachzudenken und – ohne Betonung konfessioneller Bindung und/oder parteipolitischer Färbung – zu konstruktiv-kritischem gesellschaftlichem Engagement und intellektuellem Ansporn im Dienste unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland wie im sich vereinigenden Europa der Regionen anzuregen.

Im Auditorium Maximum der Universität Siegen wie im Hause der Siegerländer Wirtschaft, oder im Technologiezentrum Siegen wie auch im Medien- und Kulturhaus LYZ, sowie im Leonhard-Gläser-Saal der Siegerlandhalle, wurde in Siegen vor dem Hintergrund der Konzeption der „Franz-Böhm-Kollegs“ die intendierte fruchtbare Symbiose zwischen Lehre und Forschung, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Schule und Hochschule, zwischen Kunst und Kommerz sowie zwischen öffentlicher Verwaltung und bürgerschaftlichem Selbstverständnis sichtbar. Es sind Stätten gestalterischen Wirkens auf den Gebieten der Wissenschaft, der Unternehmensführung und der Wirtschaftspolitik, des Technologietransfers, wie auch der Medienwirksamkeit und der Kulturvermittlung in dieser Kultur- und Industrieregion.

Auf den „Franz-Böhm-Kollegs“ begegnen sich interdisziplinär denkende, für kritische Anregungen und neue Ideen aufgeschlossene Persönlichkeiten, in dem Bestreben, das eigene Urteilsvermögen wie das der Besucher in gemeinsamem Gedankenaustausch zu stärken und dem Umgang mit Kritik wie auch der Weiterqualifizierung im weiteren Sinne ein autonom gestaltetes Forum zu bieten, aber auch besonders jungen Menschen den Zugang zum sozialen Dialog zu öffnen.

Franz Böhm (1895 bis 1977) personifiziert die Einheit des Denkens im gesellschaftlichen Ordnungsgefüge von demokratischem Rechtsstaat und Sozialer Marktwirtschaft. Dem Juristen Franz Böhm, ab dem Sommersemester 1936 mit der Wahrnehmung einer Lehrstuhlvertretung für Bürgerliches Recht, Handels- und Arbeitsrecht betraut, wurde auf Betreiben der Nationalsozialisten eine Ordentliche Professur an der Universität Jena verweigert.

Der Schwiegersohn der Dichterin Ricarda Huch hatte schwere Zeiten durchzustehen. Im Jahre 1938 entzog der Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung Herrn Dr. habil. Böhm die Lehrstuhlvertretung in Jena. 1940 wurde er endgültig aus dem Hochschuldienst entlassen, nachdem ihm 1939 auch die Ausübung einer Dozentur an der Universität Freiburg im Breisgau untersagt worden war.

Franz Böhm arbeitete aktiv in einer Gruppe antinationalsozialistischer Wirtschaftswissenschaftler aus ganz Deutschland mit, die - wie er selbst formulierte - „... die geistigen Vorarbeiten für eine demokratische Währungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, ... das heißt für eine Politik (leistete), die den Sturz des Naziregimes zur Voraussetzung hatte und (wie auch bereits während des Zweiten Weltkrieges Ludwig Erhard, Walter Eucken, Oswald von Nell-Breuning SJ, Erich Preiser auf anderen und sich zum Teil kreuzenden Wegen, B. G.) das Ziel verfolgte, in engem Zusammenwirken mit ... friedlichen Nationen, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen unter ständig wachsender Freiheit für alle zu fördern“. Franz Böhm ist Mitbegründer der Freiburger Schule der Nationalökonomie und des Ordo-Liberalismus.

Als ein Wegbereiter des Privatrechtsgedankens wirkte er nach dem Zweiten Weltkriege als Ordinarius für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Am 23./24. Juni 1948 konstituierte sich unter seinem Vorsitz in Königstein im Taunus das erste unabhängige Gremium zur Beratung einer politischen Instanz, das in Deutschland nach 1945 institutionell einen festen Platz fand: Der „Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“, seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland als „Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft“ bekannt. Neben Professor Böhm hatten sich 16 weitere Wissenschaftler wie Walter Eucken, Adolf Lampe, Alfred Müller-Armack, Oswald von Nell-Breuning, Erich Preiser sowie Karl Schiller zusammengefunden mit dem Ziele, die geistigen Kräfte zu konzentrieren, um dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft Konzeption und Schwung zu verleihen.

Besondere Anerkennung seines rechtswissenschaftlichen und ordnungspolitischen Wirkens schlug sich in juristischen Ehrendoktoraten der New School for Social Research in New York, N. Y., der Universitäten Frankfurt am Main sowie Gießen nieder.

Als aufrichtiger Mitstreiter Ludwig Erhards für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ist Franz Böhm einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft.
B.G.

Johann Sebastian Bach Italienisches Konzert

F-Dur BWV 971 – 1. Satz Allegro

Christoph Sobanski, Klavier

Es sprechen:

Auf ein Wort

Prof. Dr. Dr. Bodo Gemper

Nulla est major probatio, quam evidentia rei:

Einander verstehen!

*

Ein Grußwort

Dr. jur. Johann Peter Schäfer

Kanzler

der Universität Siegen

* * *

Festvortrag

Professor Dr. Wolfgang Böhmer, MdL

Ministerpräsident des

Landes Sachsen - Anhalt

**„Zur europäischen Bedeutung der
,Inneren Einheit' Deutschlands“**

*

Franz Liszt La Campanella

Christoph Sobanski, Klavier

*

Ein Wort zum Abschluss

*